

## **Beschlussvorlage**

**zur Sitzung der Gemeindevertretung Süderbrarup Mittwoch, dem 19.02.2020**

TOP 14 Beratung und Beschlussfassung über die Änderung des B-Planes 13 von 'Neuaufstellung B-Plan 13 Westenstraße' in '4. Änderung und Erweiterung B-Plan 13 Westenstraße'

### **Abstimmungstext:**

1. Der Aufstellungsbeschluss über die Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. 13 für das Gewerbegebiet Westenstraße vom 01.10.2019 wird aufgehoben.
2. Der Aufstellungsbeschluss über die 4. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. 13 für das Gewerbegebiet Westenstraße vom 01.03.2017 wird aufgehoben.
3. Die Gemeindevertretung beschließt die Aufstellung einer 4. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. 13 der Gemeinde Süderbrarup für das Gewerbegebiet Westenstraße – Gebiet westlich und östlich der Gewerbestraße, südlich der Schleswiger Straße (B 201), am westlichen Ortsrand der bebauten Ortslage Süderbrarup. Der Geltungsbereich der Erweiterung des Bebauungsplanes umfasst insbesondere das Flurstück 96 sowie Teilflächen des Flurstückes 13 der Flur 7, Gemarkung Süderbrarup (siehe Anlage). Textliche Änderungen sollen für den gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplanes vorgenommen werden.

Planungsziele sind

- die Sicherung und Erweiterung des vorhandenen Gewerbegebietes an der Gewerbestraße zur Stärkung des örtlichen Gewerbes im Unterzentrum Süderbrarup
  - die Neustrukturierung der immisionsschutzrechtlichen Festsetzung bzgl. des Gewerbelärms im gesamten Geltungsbereich des B-Planes Nr. 13 zur Optimierung der Nutzungsmöglichkeiten durch die ansässigen Gewerbebetriebe
4. Die Planungsanzeige ist zu erstatten.
  5. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen (§ 2 Abs. 1 BauGB).
  6. Die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit mit Erörterung der allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB soll als besondere Veranstaltung im Amt Süderbrarup durchgeführt werden.
  7. Die frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und die Aufforderung zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung (§ 4 Abs 1 BauGB) soll schriftlich erfolgen.
  8. Mit der Ausarbeitung des B-Plan-Entwurfes soll das Planungsbüro Springer, 24866 Busdorf, beauftragt werden.
  9. Die Verwaltung des Amtes Süderbrarup wird beauftragt, die frühzeitige Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB einzuleiten.

Bemerkung: Aufgrund des § 22 GO waren folgende Mitglieder der Gemeindevertretung von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen; sie waren weder bei der Beratung noch bei der Abstimmung anwesend: